

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P, für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (8), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Zeile: Morgen-Ausgabe 4-gelapfen 40 P. Colonne resp. deren Theile 300 M u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gelapfen 60 P. — Meilane 3-gelapfen 1 M 50 P. — Colonne 450 M u. f. w.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

5. Sitzung vom 15. Februar.

11 Uhr. Au Ministerpräsident Fürst Bismarck, Dr. von Götter, Dr. Luchin u. A.

Die Kommission zur eventuellen Vorberathung eines kirchenpolitischen Gesetzes ist gewählt und hat sich konstituiert. Es sind gewählt zum Vorsitzenden Graf zur Lippe, zum Stellvertreter Graf Prühl, sowie zu Schriftführern Freiherr v. Mantensfel und Graf Frankenberg.

Der Gesetzentwurf betr. die durch ein Auseinanderlegungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten wird nach kurzer Debatte angenommen.

Zum Mitgliede für die städtische Centralkommission wird auf Antrag des Herrn Böttcher der Oberpostmeister von Alvensleben per Akklamation gewählt.

Es folgt der Gesetzentwurf betr. die Feststellung der Leistungen für Volksschulen.

Referent Graf Pfeil empfiehlt den Gesetzentwurf, welcher die Kompetenz der Selbstverwaltungsbehörden auch in Bezug auf die Schulbelationen erweitert und in dieser Beziehung das Ministerium befreit, welches noch vielfach gegen den grünen Tisch gehet.

Mit der Generaldebatte wird die Diskussion über die §§ 1 und 2 verbunden.

§ 1 fest, daß unter Volksschulen im Sinne dieses Gesetzes diejenigen öffentlichen Schulanstalten zu verstehen sind, welche zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht dienen. — § 2 lautet in seinem ersten Absatz:

„Ueber jede von den Schulaufsichtsbehörden fortan beanspruchte Steigerung derjenigen Leistungen, welche von den zur Unterhaltung der Volksschule Verpflichteten bisher aufgebracht worden sind, mit Ausschluß der im § 47 des Gesetzes vom 1. August 1883 über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden angeführten Schulaufsicht, beschließt in Erwägung eines Einverständnisses der Verpflichteten für Landstädten der Kreisaußschuß und für Stadtschulen der Bezirksaußschuß.“

von Kleist-Regow beantragt die gesperrt gedruckten Worte zu streichen. Ferner hinter § 2 einen neuen Paragraphen in folgender Fassung einzufügen:

§ 2a. Werden die zur Unterhaltung der Volksschulen Verpflichteten endgültig von der beanspruchten Leistung freigesprochen, so hat der Staat die befalligen Kosten zu tragen.

Gnädig beantragt derselbe antragsteller, statt des § 4:

„Auf Schulanstalten findet dieses Gesetz keine Anwendung. Auch im Uebrigen bleiben die Vorschriften des VII. Titels des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 unberührt.“

Folgendes zu beschließen:

„Die Vorschriften des VII. Titels des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. April 1883 bleiben bestehen, soweit sie nicht durch die Bestimmungen des § 2 dieses Gesetzes betroffen werden.“

von Kleist-Regow: Die Klagen über die Kosten, welche die Gemeinden für die Schulen aufzubringen haben, sind uns nicht unbekannt. Insbesondere wird auch darüber geklagt, daß diejenigen, welche die Leistungen für die Schulen zu tragen haben, nicht auch über die Verwendung der Mittel zu bestimmen haben. Der Gesetzentwurf will nun hierin eine Aenderung schaffen und überall da, wo die bisherigen Leistungen erhöht werden sollen, darüber die Selbstverwaltungsorgane mit entscheiden lassen. Nun hat aber die Kommission beschlossen, hieron die Schulbauten auszunehmen und die Bestimmung über dieselben wie bisher unter der Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden lassen. Das scheint mir aber nicht richtig. Gerade auf die Schulbauten fällt ein erheblicher Theil der aufzubringenden Leistungen, und gerade über die Schulbauten hören wir die meisten Beschwerden. Mein Antrag geht daher dahin, der Kompetenz der Selbstverwaltungsorgane auch die Bestimmung über die Schulbauten zu überweisen, um auch hier gegen die Beschwerden über die Ueberbürdung der Beteiligten eine gewisse Abhilfe zu schaffen.

Außenminister Dr. v. Götter: Die bisherigen Bestimmungen über die Unterbringung und Verwendung der Schulkosten haben die Selbstverwaltungsorgane nur in einigen Beziehungen zur Entscheidung herangezogen. Mit dem vorgeschlagenen Gesetzentwurf soll nun an den bisher aufgeführten Leistungen nicht gerüttelt werden, es soll aber ein Regel vorgeschrieben werden gegen eine Erhöhung derselben wider den Willen der Beteiligten. Was die Entwicklung dieser Schulkosten betrifft, so trat im Anfang 1870 der Staat zum ersten Male mit sehr großen Mitteln für das Volksschulwesen ein und gab Anlaß zu einer generellen Erhöhung der Lehrergehälter. Die Maßregel wurde Jahre lang ohne Beschwerden ertragen, in dem letzten Jahre aber ergaben sich Schwierigkeiten, weil die Bedürfnisse auf dem Gebiete des Schulwesens in erhöhtem Maße gestiegen waren, als die Mittel, welche im Etat bereit gestellt werden konnten. Die Steigerung der Bevölkerung, welche die Zahl der Schulkinder jährlich um 30 000 vermehrt, fordert eigentlich erhöhte Zuschüsse, und wenn da die öffentlichen Mittel nicht Schritt halten, so entstehen eben Differenzen. Eine generelle Aufbesserung ist seit 1873 nicht mehr eingetreten. Ich meine, daß wir an den Punkt gelangt sind, wo die Steigerung der Kosten der Schulanterhaltung Verpflichteten nicht mehr gegen ihren Willen eintreten darf, einmal weil ihre Leistungsfähigkeit nicht in entsprechendem Maße gewachsen ist, dann, weil wir hoffen dürfen, daß allmählig dem Staate größere Mittel zufließen werden, und drittens, weil die Schulverwaltungen nicht weiter ohne Einbuße ihrer Autorität diejenigen Ansprüche über sich ergehen lassen können, die über sie ergehen. Nun dürfen wir uns die Selbstverwaltung, für deren Organe hier eine Mitwirkung vorgeschlagen wird, nicht etwa im Gegenatz zu der Regierung denken, sondern diejenigen Funktionen, welche bisher die Schulverwaltungsbehörden allein wahrzunehmen hatten, sollen gewissermaßen getheilt werden. In der Verpflichtung der Regierung, die Organisation des Schulwesens nach einheitlichen Gesichtspunkten zu ordnen und in gewissen Fällen zu verlangen, daß das und das geschieht, kann selbstverständlich nichts geändert werden. Aber nach den Bestimmungen des Gesetzentwurfes kann die Regierung eine Verbesserung nur machen, wo sie die Mittel hat, um die Verbesserung auszuführen, seien es Staatsmittel oder andere, oder aber die Regierung muß sich der Zustimmung der Beteiligten zu erfreuen haben, oder die Selbstverwaltungsorgane müssen auf ihre Seite treten, also diejenigen Organe, die am besten für die Verpflichteten und ihre Leistungsfähigkeit eintreten können. Das sind die allgemeinen Gesichtspunkte, welche die Regierung bei diesem Gesetzentwurf geleitet haben, und ich hoffe, daß damit ein größerer Schritt nach vorwärts getan sein wird.

Was die Einzelheiten betrifft, so will das Amendement des Herrn von Kleist-Regow hier den § 47 des Gesetzes vom Jahre 1883 mit einbeziehen. Sein Gesichtspunkt ist ja verständlich, aber nach der Entwicklung des Schul-Bauwesens und des ganzen Schulwesens kann die Regierung Sie nur bitten, an diesem § 47, der nach langen Sorgen und Mühen zu Stande gekommen ist, nicht zu rütteln. Das ganze Schulwesen ist ja in erster Linie eine Rechtsfrage, welche den Verwaltungsgerichtsbehörden nicht wohl entzogen werden kann, und die man dem Kreisaußschuß nicht überlassen darf. Man kann allerdings Fälle konstruieren, wo unter es Gesetz und der § 47 sich gegen streiten, wo bei der Anlegung einer zweiten Klasse, der Anstellung eines zweiten Lehrers, aber das ist leichter zu überwinden,

als wenn man jetzt den seit 13 Jahren bestehenden Zustand ändern und nach dem Antrage des Herrn von Kleist die wichtigste aller Rechtsfragen den Selbstverwaltungsbehörden überweisen will. Ich will hier gleich auf das Amendement zu § 2a des Herrn v. Kleist-Regow eingehen, welches bestimmt, daß in allen Fällen, wo der Kreisaußschuß etwas für nützlich hält, aber die betreffenden Verpflichteten nicht leistungsfähig sind, ohne weiteres der Staat eintritt, das wäre ein so gewaltiger Eingriff in die Rechte der Staatsregierung und der Landesvertretung, daß wir darauf nicht eingehen können. Die Regierung muß eben mit den Mitteln im Etat mithelfen, sie muß allemal etwas zurückstellen, etwas anderes ersinnen und so weiter. Da kann man unmöglich erklären, daß in allen Fällen, wo die Kommunalbehörden etwas für nützlich halten, die Verpflichteten aber eben kein Geld haben, der Staat ohne weiteres eintritt.

Ueber die Tragweite der Einleitung des § 2 kann man verschiedener Meinung sein, man darf die Auslegung aber doch nicht so eng fassen, als es der Kreisaußschuß unmittelbar über die Leistungsfähigkeit zu entscheiden hat; ich kann mir sehr wohl denken, daß der Kreisaußschuß aus anderen Gründen etwas ablehnt. Obenstehen halte ich aber die allgemeine Fassung des Regierungsentwurfes für richtig. Die Spitze meiner Ausführungen richtet sich also dahin, daß ich Sie bitte, die Amendements des Herrn von Kleist-Regow nicht anzunehmen. Wenn ich noch die Abänderungen der Kommission mit der Regierungsvorlage vergleiche, so sieht ich die letztere vor, doch sind auch die Anträge der Kommission annehmbar.

Freiburgsbürger erklärt sich für Annahme der Kommissionsvorlage und gegen das Amendement Kleist-Regow.

Graf Brühl hebt Bedenken gegen das Amendement Kleist, da eventuell durch dasselbe eine Steigerung der Kosten der Patrone herbeigeführt werden könne.

Ministerpräsident Fürst Bismarck: Herr von Kleist hat die Vorlage unvollkommen gefunden, das gebe ich ihm zu, aber es soll ja auch nur ein provisorisches Gesetz sein, ich möchte sagen ein Glückwunsch bis zu der Zeit, wo wir uns in Stande sein werden, das von der Verfassung vorgeschriebene Schulgesetz begründen zu können, wozu wir jetzt nicht im Stande sind, weil noch allen fehlgeschlagenen Versuchen im Reichstage, neue Geldquellen zu erschöpfen, die preussischen Finanzen über die Mittel nicht disponieren können, welche dazu erforderlich sind. Die gründliche Lösung dieser Frage hängt also von uns in Preußen nicht ab, sondern wir sind darauf angewiesen, zu warten bis im Reichstage die jetzt unsere Finanzen obstruierende Politik nicht mehr in der Majorität sein wird. Die Aufgabe eines provisorischen Gesetzes ist um so schwieriger, je tiefer die Uebelstände sind, denen provisorisch abgeholfen werden soll. Die Verfassung betrachtet ja ursprünglich die Schule als eine Staatseinschaltung. Nach Art. 23 und 24 giebt sie den Lehrern Rechte und Pflichten des Staatsbeamten und der Staat übernimmt die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß sie auskömmlich bezahlt werden. Aber in der Verfassung steht nicht, daß der Staat es übernommen habe, seine Pflicht auf Kosten der jedesmaligen Gemeinde zu erfüllen. Das ist aber thatsächlich der Fall gewesen und dadurch eine außerordentliche Ungerechtigkeit herbeigeführt worden. Der Referent hat ja auch das Thema berührt, nämlich das Thema der Ungleichheiten, mit denen die Schulanlagen vertheilt seien. Nehmen wir zwei Gemeinden an, eine sehr arme und eine andere sehr reiche, die beide eine gleiche Anzahl von Schulkindern haben — es ist ja anzunehmen, daß erfahrungsgemäß die ärmere die größere Anzahl von Kindern haben wird, — aber wenn auch die Anzahl der Kinder gleich wäre, so ist doch die Leistungsfähigkeit eine ungleiche. Trotzdem ist, was von den Gemeinden gefordert wird, dasselbe bei den armen wie bei den reichen. Wir haben nun seit Jahren darüber beraten, wie wir diesen Uebelständen einigermaßen abhelfen können, ohne die Entwicklung, welche die Schule faktisch genommen hat, geradezu zurückzuführen. Diese steht allerdings auf einer sehr starken Grundlage, nämlich auf einem Raumreichen Ministerialerlaß vom 1882, welches zuerst den Satz für die preussische Schulverwaltung einführt, daß der Kultusminister befugt sei, in den Bedürfnisfragen der Schule im weiteren Sinne kurz und gut zu bestimmen, wie hoch die Leistungen sein sollten, und zwar ohne irgend welche Kontrolle, ohne die Bewilligung oder Konfirmation des Finanzministers oder eines anderen Ministers, der zum Schutz der Belasteten berufen wäre. Wenn allerdings dieses Postulat in den Händen eines so blühenden Kollegen, wie des neben mir stehenden ist, so ist diese Machtvollkommenheit ohne Gefahr; aber es denken nicht alle, die ihm vorhergegangen sind oder die ihm nachfolgen werden, gleich darüber, und ich kann hier nach unseren deutschen Gewohnheiten nur sagen, hier ist vor allen Dingen der Grundjah maßgebend: officium trahit. Wenn man sich den Fall denkt, daß A. B. der Kultusminister bei uns über die Militärlasten allein zu bestimmen hätte ohne die Konfirmation des Finanzministers, des Reichstags oder irgend einer sonstigen parlamentarischen Versammlung, so glaube ich, daß unsere Militärlasten selbst bei dem vortierlichen Regiment ganz andere sein würden als heute; oder wenn ich als auswärtiger Minister allein zu bestimmen hätte, wie hoch die Volksschulgehalter sein sollten, so weiß ich nicht, ob ich dem Antrage auf Erhöhung der Gehälter mich so widersetzen könnte wie jetzt; oder wenn der Kultusminister allein zu bestimmen hätte, wie hoch die Gerichtskosten oder die richterlichen Gehälter sein sollten, so würde ich auch da sagen müssen: officium trahit. Es ist nun ja die jetzige Machtvollkommenheit für den Unterrichtsminister oft sehr demüthig. Es richtet sich ein gewisses Dium gegen diese Verwaltung, weil sie unkontrolliert ist, ein Dium, das ich auf die Dauer zu tragen nicht verpflichtet sein kann. Ich möchte also die Herren bitten, von diesem Gesetz nicht zu viel zu verlangen und seine Annahme im andern Hause und von Seiten der Staatsregierung nicht dadurch zu hindern, daß Sie auch hier wiederum das Befehle den Händen des Guten sein lassen. Wir haben nicht ohne Mühe nach Anhörung der betreffenden Provinzialbehörden eine Verbesserung eines Provisoriums sein würde, das wir überhaupt abschaffen gedenken, sobald wir das Geld dazu haben, eine gerechtere Vertheilung der Schulkosten zu bewirken und die Ueberweisung von Staatsfinanzen zu Gemeindefinzen herbeizuführen, ist fraglich. Sobald wir dieses Ziel zu erreichen hoffen — ich kann allerdings nicht sicher sein, ob diese Hoffnung sich verwirklicht wird — werden wir dies Gesetz ändern. Da möchte ich doch nicht, daß Sie um eines so vorübergehenden Gesetzes willen die Zeit eines unweisen, ungerechten Druckes von der Stärke, wie er jetzt besteht, auch nur um ein Jahr noch länger bestehen lassen, nur deswegen, weil das gegenwärtige Gesetz nicht zu Stande kommt. Ich kann die Zustimmung der Regierung nicht in Aussicht stellen, wenn nach dem Vorschlage der Kommission von den Wohlthätigen und Mäcenaten dieses Gesetzes gewisse Provinzen ausgeklammert werden sollten, weil sie durch die Langsamkeit der Gesetzgebungsorgane zurückgeblieben sind. Eine solche Verklammerung des Geltungsbereiches des Gesetzes würde meiner Ueberzeugung nach das Gesetz für die Regierung unannehmbar machen.

Wir haben das Bedürfnis, daß die Wohlthätigen des Gesetzes, die Berechtigung, übertriebene Kosten abzumachen, allen Provinzen gleichzeitig und gleichmäßig zu Theil werden. In der Regierungsvorlage heißt es: „Ueber jede von den Schulaufsichtsbehörden fortan beanspruchte Steigerung derjenigen Leistungen, welche von den zur Unterhaltung der Volksschule Verpflichteten bisher aufgebracht worden sind, beschließt, bei Widerstand der Verpflichteten, für Landstädten der Kreisaußschuß und für Stadtschulen der Bezirksaußschuß.“ Danach beschließt der Kreisaußschuß nicht allein über die Bedürfnisfrage, sondern er beschließt überhaupt. Wenn er nur über die Bedürfnisfrage beschließen sollte, dann wären wir wenig weiter als jetzt, dann könnten, wenn die Zahlungsunfähigkeit der Gemeinden nachgewiesen wird, wieder die alten Uebelstände eintreten. Wenn die Bedürfnisfrage nach dieser Auffassung eintreten würde, wenn die Zahlungsfähigkeit in Abrede gestellt wird, dann tritt der Fall ein, daß entweder der Staat die Kosten übernimmt, wenn er es kann, oder, wenn er es nicht kann, einweisen auf die angelegene Steigerung überhaupt verzichtet. Früher vor dem Reichsgericht war es anders, da freilich die Schulverwaltung nach der Deke, diese hatte. Die Schulstellen hatten ein gewisses Vermögen, eine Dotation, eine Einnahme herkömmlich, und was danach zu bestreiten war, darüber ging man nie hinaus. In Folge dessen blieb der Schulunterhalt hinter dem, was heute geleistet wird, recht weit zurück, und der Vorpruna der heutigen Leistungen vor den damaligen ist vielleicht ein größerer, als er zweckmäßigerweise für notwendig gehalten werden kann; aber gewiß ist, daß die damaligen Leistungen unvollständig waren. Es handelt sich jetzt darum, wie man den Gemeinden einen Schutz bieten soll gegen zu weit getriebene Ansprüche, die ihre Leistungsfähigkeit bis auf den letzten Pfennig erschöpfen. Ich möchte heute hier die Auffassung berichtigen, als wäre ich bei meiner Theilnahme an diesem Gesetze der Meinung gewesen, daß die Verwaltungsbehörde nur über die Leistungsfähigkeit der Gemeinde urtheilen soll und nicht überhaupt über alle einschlägigen Momente. Ich möchte den Herren empfehlen, mit Rücksicht auf das Proverium an diese Vorlage keinen zu scharfen Maßstab anzulegen und die Sache nach Möglichkeit so, wie sie vorgelegt ist, anzunehmen, und dadurch die schnelle und einheitliche Annahme im andern Hause zu erleichtern. Je mehr Sie hier Vorschläge machen, die von denen der Regierung abweichen, desto sicherer können Sie davon rechnen, daß im andern Hause neue Wünsche in Bezug auf diese Vorlage laut werden. Ich möchte also an die Herren die Bitte richten, nicht nur diesen Paragraphe sondern auch alle weiteren nach der Regierungsvorlage anzunehmen zu wollen.

Nach einem Schlussworte des Referenten Graf Pfeil giebt v. Kleist-Regow gegenüber den Erklärungen des Reichskanzlers, daß bei Annahme seiner Amendements event. die Vorlage nicht zu Stande kommen würde, seine Anträge zurück. Das Haus nimmt die §§ 1 und 2 unverändert nach der Kommissionsvorlage an.

Nach § 3 der Kommissionsbeschlüsse erstreckt sich die Billigkeit des Gesetzes nur auf die Kreisordnungsprovinzen, für Posen, Schleswig-Holstein, Westfalen und die Rheinprovinz soll dasselbe mit Einführung der Kreisordnung u. d. Gesetzeskraft erlangen. Dadurch würden die §§ 3 bis 5 der Regierungsvorlage wegfallen, in denen die Regierung für die Provinzen Schleswig-Holstein, Westfalen und die Rheinprovinz bestimmt, daß an Stelle des Kreis- bzw. Bezirksaußschusses, in Stadtfreien die Gemeindevertretung, im Uebrigen die Kreis-Schulkommission treten, für die Provinz Posen es bei den bestehenden Bestimmungen bewenden soll.

Referent Graf Pfeil empfiehlt die Beschlüsse der Kommission. Minister Dr. v. Götter: Die Staatsregierung legt Werth darauf, daß das Gesetz mit Annahme der Provinz Posen, von welcher in § 5 die Rede ist, in der Monarchie allgemeine Billigkeit erlangt. Daß die Bildung von den Selbstverwaltungsorganen schulischen Suerins-Institutionen in den Provinzen ohne Kreisordnung schwierig und vielfach ist, dieser Erwägung hat sich die Regierung nicht verschlossen, indessen sind die Vorteile, deren das Land durch das Gesetz theilhaftig werden soll, doch so erheblich, daß sie den drei Provinzen nicht verweigert werden können.

Ministerpräsident Fürst Bismarck: Zu Bezug auf die Frage, ob die Provinz Westfalen und die Rheinprovinz sehr bald in der Lage sein werden, die Selbstverwaltungsorgane eingeführt zu sehen, theile ich Ihre Hoffnung, aber es ist doch immer zwischen Beher und Mund noch ein Raum, den man nicht übersehen kann. Ich gehöre aber auch hier im Hause zu den Wenigen, welche aus Schleswig-Holstein sind, und dieser Provinz gerade die Vorteile dieser Vorlage abzuschneiden und zu verweigern, dafür würde ich mein Votum nicht abgeben können. Ich möchte Sie bitten, wenn weiter keine Bedenken als die, theoretisch betrachtet, vorhandene Diskontinuität vorliegt, daran keinen Anstoß zu nehmen.

Referent Graf Pfeil legt nochmals die Gründe dar, welche die Kommission zu ihrer Beschlußfassung bewogen hat. Ministerpräsident Fürst Bismarck: Ich kann den Herren versichern, daß kein Paragraph in Bezug auf die Fassung so viele Schwierigkeiten gemacht hat, wie dieser, wegen des Suerins-Institutionen. Wir sind selbst von der Unvollkommenheit der Bestimmung überzeugt, aber wir haben es nicht besser und vollständiger machen können.

Der Vorschlag der Kommission wird hierauf einstimmig abgelehnt und die Regierungsvorlage wieder hergestellt. Der Rest des Gesetzes wird unbeanstandet genehmigt.

Die Gesetzentwürfe betreffend die Aufhebung des § 5 des hannoverschen Gesetzes vom 13. April 1836 über die Uelids-barkeit des Verwurandes, die Verhältnisse bleibender Ehe und die Errichtung von Familienscheidungskommissionen, sowie betreffend die Aufhebung des Amtsgerichts in Buchau werden unverändert genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung unbestimmt. Schluß nach 2½ Uhr.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Probst von der Heide zu Herten im Kreise Rendsburg den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Rechnungs-Rath Stange in der Admiralität den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem emeritierten Hauptlehrer Soling zu Düsseldorf den Adler der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; sowie dem Kaiserwächter A. D. Seimann zu Minden das Allgemeine Ehrenkreuz zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den nachbenannten Offizieren u. d. Erlaunisch zur Aufhebung der ihnen verliehenen nichtpreussischen Ordens-Insignien zu ertheilen, und zwar: des Großkreuzes des königlich bairischen Militär-Verdienst-Ordens: dem General der Kavallerie Grafen v. Wartenleben, Kommandanten General des 3. Armee-Korps: des Großkreuzes des bairischen Ordens: dem General-Major Callbach, Chef der Militär-Prüfungskommission; des Ritterkreuzes erster Klasse desselben Ordens: dem Oberst-Lieutenant v. Bach, Chef des Generalstabes der General-Inspektion der Artillerie; den Majors Feder und Kellner von der 3. Infanterie-Inspektion, und dem Hauptmann v. Grolman vom 2. Garde-Regiment a. S.: des Ritterkreuzes zweiter Klasse desselben Ordens: dem Hauptmann Behnmann, a. la suite des 5. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 53 und vom Neben-Stat des Großes Generalstabes; des Komturkreuzes des königlich bairischen Verdienst-Ordens vom heiligen Michael: dem Obersten v. Anker, Kommandeur des Magdeburgischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 4, und dem Major Freckert von Emden, aggregiert dem 2. Garde-Regiment a. S. und kommandiert zur Dienstleistung beim Stabe der 4. Armee-Inspektion; des Ehren-Ritterkreuzes des Ordens der königlich württembergischen Krone: dem Oberst-Lieutenant von Stülpnagel, a la suite des 2. schlesischen Grenadier-Regiments Nr. 11 und Direktor der Kriegsschule in Potsdam; des Ritterkreuzes desselben Ordens: dem Major Rohne, a la suite des 2. brandenburgischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 18 (General-Feldzeugmeister) und Lehrer an der Artillerie-Schießschule, und dem Major v. Rauch im Magdeburgischen Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 4; des Komturkreuzes zweiter Klasse des königlich württembergischen Friedrichs-Ordens: dem Oberst-Lieutenant v. Bach, Chef des Generalstabes der General-Inspektion der Artillerie; des Ritter-

kleines erster Klasse desselben Ordens: dem Hauptmann Buef vom Westfälischen Jäger-Bataillon Nr. 7; der königlich württembergischen goldenen Civil-Medaille: dem Regiments-Müller beim General-Kommando des 3. Armeekorps; des Kommandeurkreuzes zweiter Klasse des großherzoglich badischen Ordens vom Jägerorden: dem Oberst-Lieutenant Leo, Kommandeur des 2. pommerschen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 17; des Ritterkreuzes erster Klasse mit Eichenlaub desselben Ordens: dem Oberst-Lieutenant Freiherrn von Schleich im 5. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 94 (Großherzog von Sachsen); des Ritterkreuzes zweiter Klasse mit Eichenlaub desselben Ordens: dem Hauptmann Haefner, anangelt dem 3. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 29; des Ritterkreuzes zweiter Klasse desselben Ordens: dem Premier-Lieutenant Freiherrn von Blöcker von Dierburg im 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiment; und dem Premier-Lieutenant Sprenger, à la suite des Grenadier-Regiments Prinz Karl von Preußen (2. Brandenburgisches) Nr. 12; der großherzoglich badischen goldenen Civil-Medaille: dem Hauptmann Wagner vom 1. Badischen Feld-Dragoner-Regiment Prinz Karl von Preußen (2. Brandenburgisches) Nr. 22; der großherzoglich badischen silbernen Civil-Medaille: dem Hauptmann von Camprecht vom 1. Badischen Feld-Dragoner-Regiment Nr. 20, dem Stabsbataillon von Großmann vom 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14, und dem Hauptmann Meyer von demselben Regiment; des Kommandeurkreuzes zweiter Klasse mit der Krone des großherzoglich badischen Jäger-Ordens: dem General-Major v. Seebach, Kommandeur der 30. Infanterie-Brigade; der Krone zum Ritterkreuz erster Klasse desselben Ordens: dem Major Schade vom Hessischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 11; des Ehren-Großkreuzes des großherzoglich oldenburgischen Haus- und Verdienst-Ordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig: dem General-Lieutenant J. D. Freiherrn von Buddenbrock zu Hannover; des Kommandeurkreuzes zweiter Klasse des bergischen braunschweigischen Ordens Heinrichs des Löwen: dem Obersten Baron von Collas, Kommandeur des großherzoglich medienburgischen Grenadier-Regiments Nr. 89; des Ritterkreuzes zweiter Klasse desselben Ordens: dem Second-Lieutenant Freiherrn von Langemann und Erlencamp I. von demselben Regiment; des Verdienstkreuzes zweiter Klasse desselben Ordens: den Sergeanten Jhde und Stube von demselben Regiment; der bergischen braunschweigischen Rettungs-Medaille: dem (Einschüßigen) Gutsir, Gürtler Grote vom 5. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 94 (Großherzog von Sachsen); des Ritterkreuzes zweiter Klasse des bergischen jassen-einschüßigen Haus-Ordens: dem Premier-Lieutenant v. Ebben I. im großherzoglich medienburgischen Grenadier-Regiment Nr. 89, und dem Second-Lieutenant Freiherrn v. Walbahn vom 1. Garde-Regiment J. F.; der demselben Orden affiliierten Altbauern Verdienst-Medaille: dem Sergeanten Kley im großherzoglich medienburgischen Grenadier-Regiment Nr. 89; des Großkreuzes des bergischen anhaltischen Haus-Ordens Albrechts des Bären: dem General-Lieutenant J. D. von Oppell, bisher Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division; des bergischen anhaltischen Verdienst-Ehrenkreuzes für Rettung und Gefahr: dem Kanonier Weller im 1. Brandenburgischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 3 (General-Feldzeugmeister); der fürstlich schwarzburgischen Ehren-Medaille in Silber: dem Feldwebel Schneider vom 2. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 96; des fürstlich reussischen Ehrenkreuzes dritter Klasse: dem Premier-Lieutenant von Hofflein im großherzoglich medienburgischen Grenadier-Regiment Nr. 89, und dem Premier-Lieutenant Seeler im 1. großherzoglich medienburgischen Dragoner-Regiment Nr. 17; ferner: des türkischen Medschide-Ordens dritter Klasse: dem Hauptmann v. Repellin, Kompanie-Chef im Kadettenkorps, und dem Premier-Lieutenant v. Dietz im 2. westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 11; sowie des Ritterkreuzes des königlich rumänischen Ordens "Ehren von Rumänien": dem Second-Lieutenant v. Hopfgarten vom 1. Garde-Regiment J. F.

Königreich Preußen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den bisherigen Medallion-Maler an dem Gymnasium in Königsberg, Oberlehrer Lic. Dr. Clemens Rüdike, zum Domherrn bei der Kathedrale des Bistums Kulm in Posen zu ernennen.

Dem Ober-Postarzt Paul Bucher zu Torgau ist die kommissarische Verwaltung der Kreis-Heilanstalt des Kreises Torgau übertragen worden.

Neueste Nachrichten.

Die „N. N. Z.“ schreibt: „Die Wähler verbreiten allerlei, sich oft direkt widersprechende Nachrichten darüber, ob vor den Wahlen noch eine kaiserliche Proklamation an die Wähler erfolgen werde oder nicht. Se. Majestät der Kaiser hat sich über Seine Wünsche, bezüglich des Septennats und bezüglich der sich um diese Frage drehenden Wahlen bei Gelegenheit des Empfanges der Adreßdeputation des Herrenhauses so deutlich unter dem Hingelassen ausgesprochen, Er wünsche, daß diese Seine Meinung überall verbreitet werden möchte, daß auch in einer Proklamation an die Wähler über die Stellung des Kaisers in dieser Sache neues Licht nicht verbreitet werden könnte. Es wird mit Rücksicht hierauf, wie wir erfahren, eine Proklamation des Kaisers nicht erlassen werden. Die Wähler im Lande werden trotzdem wissen, was ihr Kaiser von ihnen erwartet.“

— In der am gestrigen Tage unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern von Boellcher, abgehaltenen Plenarsitzung genehmigte der Bundesrath dem Antrage Preußens entsprechend die Anwendung der im § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 vorgesehene Maßnahmen für die Städte Sietin, Grabow a. D. und Alldamm, sowie für die Amtsbezirke Bredow, Barlow, Scheine und Zinkenwalde. Außerdem wurde in dieser Sitzung dem Gesetzentwurf für Elßaß-Lothringen betreffend die Vormundschaffen die Zustimmung erteilt.

C. T. C. Kiel, 15. Februar. Heute fand auf der hiesigen königlichen Werft der Stapellauf des Kanonenbootes „Erlaf Albatros“ statt. Die Taufe hielt der Viceadmiral v. Wiede. Das Fahrzeug erhielt den Namen „Eber“.

C. T. C. Pest, 15. Februar. In den Motiven zu der Landsturmvorlage heißt es, die Kreditforderung sei die naturgemäße Folge der Annahme des Landsturmgesetzes. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn Oesterreich-Ungarn, gegenüber den Maßnahmen der übrigen europäischen Staaten auf dem Gebiete der Entwicklung der Heeresmacht, für die Andäufung und eventuelle Benutzung des Landsturms nicht Vorforgere treffen würde. „Unsere Interessen verweisen uns auf das Gebiet friedlicher Entwicklung und es ist das Bestreben unserer maßgebenden Kreise auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Nichtsdestoweniger müssen wir, wie jeder Staat, der den vollen Interessen nicht entsagen will, im Nothfalle zur Vertheidigung der Monarchie zu jedem Opfer bereit sein, wenn wir uns durch die Ereignisse nicht überraschen lassen wollen.“

Ständehaltung des Kanalvereins.

Nach Erledigung der geschäftlichen Mittheilungen referirte Herr Direktor Philipp-Dresden über die Organisation des Pannonschiffahrt-Vereins. Es sind schon verschiedene Vereinigungen der Schiffer zur Organisation des Schiffahrt-Vereins vorhanden gewesen und sie bestanden auch noch. Die gewöhnliche und am meisten verbreitete Art des Betriebes ist derjenige durch Dampfschiffe. Sie befindet sich in den Händen von Besitzern eines oder mehrerer Schiffe oder von Gesellschaften, die über Dampfkraft verfügen. Die Ueladen, welche einen Einfluß auf die Organisation haben, sind für jede Wasserstraß, jeden Ort verschiedene,

beispielsweise betrifft in und bei Berlin ein Kanalverkehr. Dagegen giebt es einen Schiffahrtverkehr auf lauen Straßen, z. B. von Hamburg nach Berlin u. Schon seit den ältesten Zeiten existirt auf den Straßen eine sogenannte Reihenschiffahrt. Neuerdings haben die Schiffer auf der Elbe unter Führung der Gesellschaft „Reite“ und Anregung des verdienten General-Direktors Bedinghofs eine Organisation geschaffen, für welche bestimmte Tarife existiren. Die Schiffer haben alle an ein und derselben Stelle, sie haben gewisse Verhältnissregeln innezuhalten und sind auch in Bezug auf ihre Kräfte gebunden. In solchen Vereinen muß selbstverständlich eine gewisse Disziplin herrschen. In dieser Weise denkt sich der Vortragende die Organisation eines Kanalschiffahrt-Vereins. Dasselbe wird überall da, wo es sich um den großen Durchgangsverkehr handelt, mit Vortheil wiesen. Wenn die Schleppkraft auf einem Fluß vollständig freigegeben wurde, so müßte man es so durch Vorschriften nicht gehindert werden. Ganz anders steht die Sache auf einem Kanal. Hier darf kein schneller fahrendes Schiff durch ein langsamer fahrendes gehindert werden, es müßte im Gegentheil eine monotonisierte Stellung eines Schleppunternehmens geschaffen werden. Das Kanalschiffahrt kann wesentlich unterstützt werden durch die gesetzliche Regelung der hier in Betracht kommenden Verhältnisse. Hieran schloß sich eine Diskussion. Hr. Dr. Graß-Dresden sprach sich gegen die Aufstellungen des Direktors Philipp aus. Es sei wünschenswerth in einem wohlgeordneten Strom und Kanäle den Schiffverkehr zu monopolisieren; aber man über diesen Gedanken näher treten könne, müsse eine gesetzliche Regelung der kanalschiffahrt-Verhältnisse geschaffen werden. Herr Philipp schloß folgende Resolution vor: Ein einheitlich organisirter Schleppdienst ist auf einem Kanal nur dann möglich, wenn derselbe in die Hand eines allein berechtigten Unternehmers gelegt wird, welcher zu verpflichten ist, die ihm von der Aufsichtsbekörde auferlegenden Bedingungen, z. B. über die Schleppleistung und über die Schleppkosten zu erfüllen. Dr. Rensch schloß vor, die beschriebenen im Laufe der Debatte eingebrachten Änderungen durch eine Kommission beraten und schien zu lösen und die Angelegenheit späterhin weiter zu beraten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß es sich vielleicht einmal auch um einen Staatsbetrieb auf den Kanälen handle. Der Antrag auf Einsetzung einer Kommission wird angenommen.

Gesellschaft für deutsche Philologie.

Am Donnerstag, 14. Februar, feierte die Gesellschaft für deutsche Philologie in der Traubschschen Weinhandlung das Fest ihres jährlichen Festes. In einem einleitenden Vortrage erinnerte Herr Dr. Kalkes an Goethes vor gewaltsam 100 Jahren in Italien unternommene Wanderung seiner Jugend, indem er auf den Einfluß einwirkte, welchen ein Professor am Göttinger Institut in Berlin, Karl Philipp Moritz, durch seine hiesig zuvor erschienene deutsche Prosodie auf die Gestaltung der Goetheschen Verse ausgeübt hat und denselben an einer Reihe von Beispielen nachwies. Einen gleich lebendigen Einfluß wünschte der Vortragende auch der Thätigkeit der Gesellschaft. Sodann gab Herr Dr. Mittler einen anschaulichen Bericht über die Entwicklung der Gesellschaft während des verflossenen Jahres. Aus einer Verlesung von fünf Berliner Gymnasiallehrern hervorgegangen, verfolgte sie von Anfang an den Zweck, durch freie Vorträge, Lesungen und Debatten ihre Mitglieder über die Fortschritte der germanischen Philologie auf dem Laufenden zu erhalten. Bald aber trat hierin die Abfassung eines alljährlich zu liefernden Berichtes über die Erscheinungen auf dem Gebiete dieser Wissenschaft, welcher zuerst (1876—1878) in der Zeitschrift für deutsche Philologie, dann als selbständiges Buch veröffentlicht wurde und jetzt eine Zahl von mehr als 2000 Artikeln umfaßt. Das Hauptanliegen der Gesellschaft, welche jetzt einige vierzig Mitglieder zählt, ist ein langames, doch festes Gehen. Dankbar gedachte der Redner der freundschaftlichen Förderung und Theilnahme, welche den Bestrebungen derselben seitens auswärtiger Fachgenossen in Deutschland und Oesterreich zugetrieben worden ist. Der Bitte, nach welcher dem Vereine am Stiftungstage germanistische Arbeiten seiner Mitglieder als Festgaben überreicht werden, war auch diesmal Genüge geschehen: Herr Professor J. Wackerell in Innsbruck hatte seine Schrift über die ältesten Basen-Sprachen in Tübingen der Gesellschaft geschenkt, die nun zur Vertheilung gelangte. Dem gemeinsamen Wunsche folgten noch Vorträge heiterer Art; Beifall fanden insbesondere einige neuere deutsche Fragmente der Epigenie aus verschiedenen Stilperioden Goethes, ferner ein poetischer Katakomben eines Neophilologen und eine bei den Ausgrabungen in der Stralauerstraße aufgefundenen Ruineninschrift aus der Zeit der germanischen Kaiserzeit, welche augenscheinlich zum Aufschauungsunterricht über die Germanen „kriechen“ gedient hatte.

Sitzung des Vortrags-Kollegiums der Berliner Kaufmannschaft.

Aus der letzten Sitzung ist folgendes hervorzuheben: Bekanntlich hat nach vor Ablauf vorigen Jahres das Königreich Italien seine, vom Jahre 1881 herabreichenden Handelsverträge mit Oesterreich und Frankreich gekündigt. Durch diese Handelsverträge, welche Konventionaltarife enthielten, hat Italien einem großen Theil seiner Zollföcke gegenüber seinen allgemeinen Tarif erwünscht oder doch gebührend. Von diesen Verträge-Verpflichtungen befreit Italien sich vollkommen; denn auch in diesem Lande sind die schützenden und agrarischen Bestimmungen zur Zeit sehr lebhaft und die Sache eines zünftigen als Gegenentwurf einer parlamentarischen Kommission vorliegenden neuen italienischen Generaltarifs lassen erkennen, daß es auf eine gründliche Rengestaltung des italienischen Zollwesens in handelsrechtlicher Richtung abgesehen ist. Unter diesen Umständen ist es sehr zweifelhaft, ob die bisherigen Konventionaltarife bestehen bleiben werden. Deutschland würde von solchen Vorgängen gar nicht unmittelbar betroffen werden, da der Vertrag Deutschlands mit Italien bis zum 1. Februar 1888 unauflöslich ist und, wenn er an diesem Termine ablaufen sollte, spätestens sechs Monate vorher gekündigt werden muß. Aber in diesem Verträge sind nur sehr wenige Sätze des italienischen Zolltarifs gebunden und die außerdem darin enthaltene Meistbegünstigungsklausel würde ihren Werth zum großen Theil verlieren, wenn Italien nach dem Abschluß der bläher Oesterreich und Frankreich angestandenen Konventionaltarife zu umfangreichen Zoll-erhöhungen fortritte. Auch ist nicht ausgeschlossen, daß von Seiten Italiens der Vertrag mit Deutschland zu dem angedachten Termin gekündigt wird. Deutschlands Handel und Industrie derselben angelegentlich diese Vorgänge, denn der Ausfall der Erzeugnisse zwischen Deutschland und Italien ist nicht unbedeutend und für beide Seiten gleich vorteilhaft. Auch unsere Berliner Branchen sind ernstlich beunruhigt. Auf Veranlassung des Vortrags-Kollegiums beschloß die Gewerbe-Kommission der Korporation eingehend jetzt auch mit dieser Angelegenheit und ersucht die befreundeten Branchen, sich über den Umfang ihrer Interessen an den demnächst wohl bevorstehenden Verhandlungen auszusprechen. Es wird dem Kollegium ersucht sein, wenn gute Informationen aus von Firmen, welche nicht direkt aufgefordert sein sollten, an die Registratur der Kaufmannschaft eingeleitet werden. — Zu Interesse unserer Firmen hatte sich gegen eine strengere Praxis der rumänischen Zoll- und Steuerbehörden in der Anerkennung der Gültigkeit von Ursprungszeugnissen, das Vortrags-Kollegium bei dem Auswärtigen Amte verwendet. Von Seiten des Ministeriums für Handel und Gewerbe, an welches das Auswärtige Amt die erwähnte Vorlesung abgegeben hat, wird erwidert, daß, so viel ihm bekannt, diese strengere Praxis darauf zurückzuführen sei, daß zu wiederholten Malen österreichisch-ungarische Waare über deutsche Plätze mit unrichtigen Ursprungs-Erklärungen als deutsche Waare den Weg nach Rumänien gefunden habe. Wenn rumänischerseits durch die jetzige Zollabschätzung auf Befestigung dieses Vorgehens hingewirkt werde, so liege dießfalls keine Veranlassung vor, dem entgegenzutreten. Dem Vortrags-Kollegium, daß die Mitglieder des Vortrags-Kollegiums unter Umständen überhaupt nicht in der Lage sein würden, den Ursprung einer aus einem Bezirke stammenden Waare zu befestigen, wird in der Erwiderung des Handelsministeriums darauf hingewiesen, daß auch die Ortsbehörden zur Ausstellung von Ursprungs-Zeugnissen berechtigt sind. — Die Handelskammer in Köln hat aus einer Vorlesung des Vereins gegen Anwesen im Handel und Gewerbe (Köln) Ver-

anlassung entnommen, wegen der seit 1885 wieder wachsenden Zahl der Wanderlager eine Erhöhung der im § 4 des Gesetzes vom 27. Februar 1880 enthaltenen Steuerföcke in Mureung zu bringen. Dagegen hat jene Handelskammer im Hinblick auf die für Un-erfahrene und wirtschaftliche Schwache aus den Abzahlungs-Geschäften sich ergebenden verderblichen Folgen dem Herrn Minister empfohlen, daß die Mureungs-Erhöhung des Vor-erhalten, daß das Eigentum des Gegenstandes dem Ver-kaufers verbleibe und ersterer demgemäß bei Unterlassen der Ab-zahlung seitens des Käufers dieien, ohne eine weitere Rückvergütung auf die bis dahin geleisteten Zahlungen, wieder entzogen werden könne — herbeigeföhrt werde. Das Berliner Vortrags-Kollegium, aufgeföhrt, diese Kölner Anträge zu unterstützen, fand in den hiesigen Verhältnissen keine Veranlassung, sich dem Antrag, betreffend die Wanderlager anzuschließen, zumal die seit 1880 ein-geführte Kommunalsteuer von 30—40—50 Pf. v. Woche, welche den betreffenden Geschäften neben höheren Murehen, die sie zu zahlen haben, Murekosten und größeren Spesen, gegenüber den stehenden Geschäften angesetzt sind, letzteren einen ausreichenden Schutz gewährt, und sich nach hiesigen Erfahrungen auch wirksam erwiesen hat. Die Abzahlungs-Geschäfte aber hält das Kollegium im Allgemeinen wirtschaftlich berechtigt und nützlich, kann sie nicht als durchaus schädlich verurtheilen, wenn auch nicht verkannt werden kann, daß sie nicht selten schwindelhaft betrieben werden. Eine Geseßgebung ad hoc bezüglich einzelner Auswüchse des Verkehrslebens ist aber nicht empfehlenswerth. Gerade die- jenigen, gegen welche die Hilfe der Geseßgebung hier angerufen werde, würden sehr bald Mittel und Wege finden, um die gegen sie gerichteten Geseß- Bestimmungen zu umgehen, auch sei die bestehende Geseßgebung in der Lage, durch Anwendung des denkbaren Begriffs des Betrugs auf unred- liche Handlungen und Geschäfte, wie die anesführten, die gewünschte Abhilfe zu schaffen. Der Wunsch, die sogenannten unerfahrenen und wirtschaftlich Schwachen vor Uebervertheilung zu bewahren, dürfte nicht dahin führen, sie zu dem Glauben zu verleiten, daß die Geseßgebung in der Lage sei, sie gegen jede Benachtheiligung zu schützen. Solche Bestrebungen seien vielmehr geeignet, die Wachsamkeit der Bevormundeten einzuschärfen und sie dem gewissenlosen Betrüger in die Hände zu treiben, während vielmehr zu wünschen sei, daß das Publikum sich durch regere Voricht und Sorgfalt vor Schaden zu schützen bemüht bleibe. — Seit Abschluß des Vortrags-Amtes der Berliner Kauf- mannschaft sind durch dasselbe im Jahre 1886 verwoogen worden: Weizen 3181 To., Roggen 27439, Hafer 14111, Gerste 3869, Erbsen 2173, Mais 11449, Dinkel 3724, zusammen 65946 To.; gegen 98298 To. im Jahre 1885. — Für die Einrichtung eines Markantes für gewebte Waaren haben sich von den hiesigen Textilinteressen bisher am meisten interessiert der Handel von Konfektions-Stoffen und Tüchern, die Fabrikation von wollenen Stoffen, die Damen-Mantel-Konfektion, die Wäsche- fabrikation, die Geseßstoffe in baumwollenen Waaren und der Detail- handel in Seide und Manufakturwaren. Beistellte dieser Gruppen haben denn auch die nöthigen Mittel aufgebracht, um die für die Vornahme amtlicher Vermessungen erforderlichen Gerüststätten zu beschaffen und demnächst den Betrieb ins Werk zu setzen. Das Kollegium beschloß, der Vorstehenden des von der ständigen Deputation der Textil-Interessen niedergesetzten Kom- mission, Herrn Hermann Landsberger, nach diesen Vor- bereitungen zu erlauben, demnächst das Weitere zu veranlassen. — Der Berliner Handel hat die Vertheilung einer ständigen Deputation für ein Bedürfnis, und soll dem Verlangen entsprochen werden. — Der in Berlin zu großer Entwicklung ge- kommen und von ca. 60 Firmen betriebene Zweig der Fabrikation und des Handels mit Straßföhren und Pantoffelsohlen hat bei der Gewerbe-Deputation des Magistrats um Erneuerung neuer und der heutigen Lage des Geschäfts gewachsener gerichtlicher Endverordnungen angehalten; das Kollegium befürwortet dieses Gesuch und macht die erforderlichen Vorschläge.

Telegraphische Depeschen.

Continental-Telegraphen-Gesellschaft (früher Wolff's Telegraphisches Bureau).

Frankfurt a. M., Dienstag, 15. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Kleinlich fest.

(Schluß-Course.)	G. v. 14.	G. v. 14.	G. v. 14.
Londoner Wechsel	20,398 20,392	Spanier erster	60,70 60,80
Pariser do.	80,333 80,366	Unf. Ägypter	70,60 70,40
Wiener do.	158,55 158,90	Neue Türken	12,80 12,80
Reichsbankle	104,75 104,80	Böhm. Westbahn	210, 211
Österr. Münz. Dr. M.	— —	Central-Pacific	111,70 111,60
Dester. Silberz.	63,40 63,20	Kreuzen	188, 188
do. Vapierrente	61,30 61,50	Gallier	156, 157
do. 5% Vapierrente	— —	Gottardbahn	90,50 90,20
do. 4% Goldrente	86,80 86,80	Russische Ludwigsb.	89,70 90,30
1860er Rente	110,20 110,20	Lombarden	69, 69
1864er Rente	278,00 272,60	Österr. Banknoten	— —
4% ungar. Goldr.	76,20 76,20	Nordwestbahn	126, 126
do. Staatsloose	207,00 207,00	Kreditaktien	213, 213
Italienr.	93,20 92,90	Darwinbank	131,10 131,50
1880er Russen	78,60 78,40	Meininger Bank	91,50 92,00
II. Orientanleihe	54,90 54,70	Melchbank	136,30 136,40
III. Orientanleihe	54,70 54,50	Melchbank-Komm.	136,20 136,50
5proz. türkische Rente	76,50, neue Serben 78,50, 5proz. portu- galische Anleihe 88,70.		

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 212, Franzosen 188, Galizier 156, Lombarden 69, Ägypter 70,35, Diskontokommandit 183,40, 5proz. ungar. Goldrente 75,40.

Wien, Dienstag, 15. Februar. Der heutige Rentenmarkt war zwar still, doch vorherrschend von Verkaufem beherrscht: das Geld war sehr knapp, Tendenz matt. Für rothen Klee wurden bezahlt: Ordinarer 30, mittel 36, feiner 44, hochfeiner bis 48 M.; für ordinären weißen Klee 35, mittel 45, feiner 55, hochfeinen bis 70 M. bezahlt. Timothee 28 bis 35, Rundklee 50—60 M. bei und gesucht. In Saathäfer, Saatterse und Saatterse wenig Geschäft. Schluß matt.

Breslau, Dienstag, 15. Februar, Nachm. Fester.

Österr. Banknoten	158,90	158,05	Preßl. Ludwigsb.	80,00	91,00
Russ. Banknoten	182,50	182,80	Preßl. Diskontobank	85,75	86,00
Österr. Goldr.	—	—	Preßl. Wechselbank	97,25	97,25
4% ungar. Goldr.	76,35	76,00	Kreditaktien	443,00	441,50
1880er Russen	78,75	78,10	Schleß. Bankverein	102,50	103,00
1884er Russen	92,00	91,30	Damenbank	40,00	40,85
II. Orientanl.	54,85	54,75	Parabank	76,65	77,75
Italienr.	93,00	92,90	D. Schl. Eisenbahn	46,10	47,75

Wien, Dienstag, 15. Februar, Nachm. Anfangs schwach, Schluß stet.

Wien, Dienstag, 15. Februar, Nachm. Aufangs schwach, Schluß befestigt.

(Schluß-Course.)	G. v. 14.	G. v. 14.	G. v. 14.
Dester. Vapier.	77,70 77,50	Kroym. Rudolfsb.	181,00 181,50
do. 5% Vapierrente	36,60 36,50	Österr. Banknoten	— —
do. Silberrente	79,85 79,60	Böhm. Westbahn	— —
4% Goldrente	109,10 109,30	Nordbahn	231,50 232,00
do. ungar. Goldr.	85,35 85,70	Unif. Bank	201,50 201,25
5% ungar. Vapier.	86,45 86,60	Anglo-Russian	102,50 102,50
1854er Rente	126,00 126,00	Wiener Bankverein	94,00 94,00
1860er Rente	132,00 131,75	Unif. Kredit	278,75 278,00
1864er Rente	165,50 165,00	Deutsche Wäse	62,95 63,00
Kreditaktie	173,50 173,50	Pontener Wechsel	128,45 128,45
Unf. Prämienloose	116,50 116,50	Pariser do.	50,60 50,60
Kreditaktien	270,80 269,80	Amsterdamer do.	105,85 105,95
Franzosen	237,75 236,75	Hayaleon	10,14 10,15
Lombarden	88,50 89,25	Tufaten	6,01 6,01
Galizier	197,00 197,00	Marknoten	62,95 63,00
Comb.-Gren.-Zoll	210,75 210,00	Russ. Banknoten	1,14 1,14
Nordwestbahn	153,00 153,00	Silbercoupons	100,00 100,00
Nordwestbahn	159,50 159,50	Lombardbank	219,00 218,50
Elisabethbahn	149,75 150,25	Tramway	206,00 —
Elisabethbahn	— —	Tabakaktien	50,00 52,00

Verantwortliche Redakteure: F. Dornburg in Berlin. Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: E. E. Köbner in Berlin. Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. F. Salomon in Berlin.